

Viel Lärm um nichts? Das Brexit-Votum und seine Folgen

Volkswirtschaftliche Bankenrunde, 2. November 2016

European Research
Centre for Economic and
Financial Governance

euro-cefg.eu

Der Weg zu einem neuen Handelsabkommen
zwischen der EU und dem Vereinigten
Königreich: zentrale Aspekte und
mögliche Konflikte

RESEARCH FELLOWS

Fabian Amtenbrink
Erasmus University Rotterdam
(Scientific Director EURO-CEFG)

Stefaan van den Bogaert
Leiden University

Matthias Haentjens
Leiden University

Markus Haverland
Erasmus University Rotterdam

Klaus Heine
Erasmus University Rotterdam

Madeleine Hosli
Leiden University

Alessio M. Paccos
Erasmus University Rotterdam

Erik Pruyt
Delft University of Technology

René Repasi
Erasmus University Rotterdam
(Scientific Coordinator EURO-CEFG)



Universiteit
Leiden
The Netherlands



Erasmus
University
Rotterdam

Einleitung

- **Das Brexit-Votum**

- Bedeutung nach dem Verfassungsrecht des Vereinigten Königreichs
- Positionen der britischen Regierung unter Theresa May

- **Der EU-verfassungsrechtliche Rahmen für den Austritt**

- Bedeutung und Reichweite von Art. 50 EUV
- Die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem VK

- **Ausgewählte Aspekte im Bereich des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen**

Das Brexit-Votum

Das Brexit-Votum

- Bedeutung des Referendums nach dem Verfassungsrecht des Vereinigten Königreichs
 - Referendum ist konsultativ und nicht bindend
 - Konflikt mit dem Grundsatz der “Parliamentary Sovereignty”
 - Regierung erachtet die Einreichung eines Austrittsantrags für einen Regierungsakt, der keiner parlamentarischen Zustimmung bedarf
 - Parlament halt die Frage für grundlegend, so dass das Parlament einen Beschluss fassen muss (hierzu gibt es einen Gerichtsstreit)
 - In jedem Fall: Das Parlament muss das Austrittsabkommen ratifizieren
 - Theresa May kündigte die Einreichung des Austrittsantrags für März 2017 an

Der EU-Verfassungsrechtliche Rahmen

EU-Verfassungsrechtlicher Rahmen

■ Artikel 50 EUV

- Mitteilung der Absicht auszutreten an den Europäischen Rat
- Union handelt Abkommen mit dem austrittswilligen MS aus
 - Einzelheiten des Austritts
 - unter Berücksichtigung des Rahmens für die künftigen Beziehungen
- Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des EP
- Andernfalls finden **nach zwei Jahren** die Verträge keine Anwendung mehr
- Fristverlängerung im Einvernehmen mit dem betroffenen Staat durch einstimmiges Votum des Europäischen Rats

EU-Verfassungsrechtlicher Rahmen

■ Wie kann der künftige Rahmen aussehen?

- „Norwegen“: Beitritt zur EFTA und anschließend zum EWR
- „Hard Brexit“: das Verhältnis wird durch WTO-Recht bestimmt
- Maßgeschneiderte Lösungen
 - „Schweiz“: Bilaterale Abkommen
 - „Türkei“: Assoziationsabkommen in Form einer Zollunion
 - „Kanada“: CETA+

■ Rechtliche Folgen

- „Norwegen“/WTO: Art. 50 EUV, da keine weiteren Regelungen notwendig
- Maßgeschneiderte Lösungen: Handelsabkommen iSd Art. 207 AEUV

Ausgewählte Aspekte und Konfliktfelder

Ausgewählte Aspekte

- Ausgangshypothese: Hard Brexit
- Ausgewählte Aspekte im Hinblick auf den Zugang zum Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen
 - Stellung von Drittstaatsunternehmen
 - Behandlung von in Euro lautenden Finanztransaktionen
 - Zahlungsdienste: Zugang von Drittstaatsbanken zu Target 2
 - Wertpapierclearing: Behandlung von zentralen Gegenparteien (CCP), die außerhalb des Euroraums niedergelassen sind
 - Wiedereinführung von Quellensteuern
 - Die Zukunft der „Ltd.“

Zugang zum Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen

■ Stellung von Drittstaatsunternehmen

- Grundsatz: Drittstaatsunternehmen müssen eine Zweigniederlassung in jedem EU-Mitgliedstaat errichten und eine Zulassung nach den Regeln des MS beantragen (nach CRD IV, s. auch Art. 47 CRD IV)
- Ausnahme: Mifid-Dienstleistungen (RL 2014/65/EU), Wertpapierdienstleistungen und Anlagentätigkeiten
- „Drittstaaten-Passport“ nach MIFIR (VO Nr. 600/2014)
 - Bewerbung bei der ESMA
 - Beschluss der Kommission über die Gleichwertigkeit des Aufsichtsrecht und des Finanzmarktrechts (entsprechend EU-Finanzmarktregulierung)
 - Der Drittstaat übt eine wirksame Aufsicht aus
 - Vereinbarung zwischen der ESMA und den zuständigen Behörden

Handel mit in Euro lautenden Finanztransaktionen

■ Zahlungsdienstleistungen: Zugang zum Target 2

- Zugang zu Target 2 für Nicht-Euroraum-Banken
 - Grundsätzlich möglich, solange in der EU oder dem EWR niedergelassen
 - Zentralbank des Niederlassungsstaats muss nicht Teil von Target 2 sein (so wie die Bank of England)
 - Geschäftsbanken müssen am Ende des Tages jedoch ein ausgeglichenes oder positives Target 2-Saldo haben
 - Eine andere Zentralbank muss dann das Reservenkonto der Nicht-Euroraum-Bank führen (bspw. niederländische DNB für Lloyds Bank London)
- Drittstaatsunternehmen können jedoch nicht am Target 2 teilnehmen, so dass Zahlungsdienste über Zweigniederlassungen abgewickelt werden müssen

Handel mit in Euro lautenden Finanztransaktionen

■ Wertpapierclearing

- Zugang zu Wertpapierdienstleistungen in Euro
 - European Market Infrastructure Regulation (EMIR) (VO Nr. 648/2012)
 - Vergleichbares Regime wie MIFIR mit Gleichwertigkeitsbeschluss und Vereinbarung zwischen ESMA und der zuständigen Aufsichtsbehörde
- Standorterfordernis
 - EZB regelte im „Eurosysteem Oversight Policy Framework“, dass „zentrale Gegenparteien“, die am Wertpapierclearing in Euro beteiligt sind, im Euroraum ansässig sein müssen
 - EuG erklärte dies aufgrund Kompetenzverstoßes der EZB für nichtig
 - Unionsgesetzgeber kann der EZB jedoch die Kompetenz im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren verleihen (Art. 129 Abs. 3 AEUV)

Quellenbesteuerung

■ Grundsatz: Aufhebung von Quellensteuern

- Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie 90/435/EWG):
Gewinnausschüttungen zwischen verbundenen Gesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten sind von der Quellensteuer befreit
- Zinsen- und Lizenzgebührenrichtlinie (Richtlinie 2003/49/EG):
Abschaffung der Quellensteuer auf Einkünfte in Form von Lizenzgebühren und in Form von Zinsen, die in einem Mitgliedstaat anfallen

■ Brexit führt zu einem Wegfall dieser Aufhebungspflicht

- MS können auch keine DBA in diesen Bereichen abschließen

Zukunft der Ltd.

- Wegfall der Privilegien der EuGH-Rechtsprechung zu den Grundfreiheiten
 - Prominent: Anerkennung der Ltd. als Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Deutschland („Überseering“)
 - Brexit führt zur Anwendung der „Trabrennbahn“-Entscheidung des BGH auf Ltd.: Umdeutung einer Ltd. in eine OHG (mit Haftungsdurchgriff auf die Gesellschafter)

Ausblick

Ausblick

■ Verhandlungen werden schwierig

- 2 Jahre sind illusorisch angesichts der ökonomischen und rechtlichen Verflechtungen
- Brexit wird insoweit zum Prüfstein für die Unumkehrbarkeit des Binnenmarktes
- EU wird sich nicht auf einen „Cherry-Picking-Deal“ einlassen (vgl. Bruegel-Vorschlag für eine künftige Partnerschaft von EU und VK)
- VK hat die Latte hochgelegt (insb. Personenfreizügigkeit)
- Unsicherheit wird bei Finanzdienstleistern zu Verlagerungen aus dem VK hinaus führen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

European Research
Centre for Economic and
Financial Governance

euro-cefg.eu

René Repasi

European Research Centre
for Economic and Financial Governance
(EURO-CEFG)

E-Mail: repasi@law.eur.nl

Phone: +49 (0) 177 75 111 24

+31 (0) 630 770 721

RESEARCH FELLOWS

Fabian Amtenbrink

Erasmus University Rotterdam
(Scientific Director EURO-CEFG)

Stefaan van den Bogaert

Leiden University

Matthias Haentjens

Leiden University

Markus Haverland

Erasmus University Rotterdam

Klaus Heine

Erasmus University Rotterdam

Madeleine Hosli

Leiden University

Alessio M. Paccos

Erasmus University Rotterdam

Erik Pruyt

Delft University of Technology

René Repasi

Erasmus University Rotterdam
(Scientific Coordinator EURO-CEFG)



Universiteit
Leiden
The Netherlands



Erasmus
University
Rotterdam

